

Wir stimmen erstens über die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 17/8919 zum Gesetzentwurf Drucksache 17/8130 ab. Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 17/8919**, den Gesetzentwurf Drucksache 17/8130 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Die Fraktion der SPD hat **Einzelabstimmung** beantragt. – Hiergegen gibt es keinen Widerspruch. Dann führen wir die Einzelabstimmungen durch.

Zunächst stimmen wir über **Art. 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung** ab. Wer möchte zustimmen? – Das sind die Grünen, die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD und die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist das Ergebnis: mehrheitliche **Zustimmung**.

Wir stimmen dann über **Art. 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Grünen, die CDU und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Die SPD und die AfD. Damit ist Art. 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung **angenommen**.

Wir stimmen nun über **Art. 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Art. 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit der festgestellten Mehrheit **angenommen**.

Wir stimmen jetzt über **Art. 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung** ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Grünen, die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist auch Art. 4 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen dann zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung in der zweiten Lesung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Grünen, die CDU und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 17/8919 angenommen** und hiermit der **Gesetzentwurf Drucksache 17/8130 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen** und **in zweiter Lesung verabschiedet**.

Wir müssen zweitens noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8930 abstimmen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/8930 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Entschlossen, schnell und solidarisch – so meistern wir die Corona-Krise!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8894

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8932

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der AfD dem Abgeordneten Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler^{*)} (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns alle erreichen in diesen Tagen Nachrichten von besorgten Bürgern. Sie sind aus ihrem alltäglichen Leben gerissen worden und von Existenzängsten geplagt. Ich will hier einmal einen Fall schildern, der mich besonders bewegt hat und stellvertretend für so viele steht.

Ein junger Unternehmer hat sich im letzten Jahr einen Lebensraum erfüllt und sich mit einem kleinen Ausflugslokal selbstständig gemacht. Mit Ersparnissen und Krediten hat er den Laden renoviert und hergerichtet. Jetzt, mit den ersten Sonnenstrahlen, sollte das Geschäft so richtig losgehen; denn das macht er in erster Linie mit seinem großen Biergarten.

Nun ist sein Betrieb geschlossen. Mit dem Lieferservice, den er schnell eingerichtet hat, verdient er zwar nichts, kann aber immerhin seine Köche vorerst weiterbeschäftigen.

Sein Servicepersonal und seine Reinigungskräfte musste er, wie 96.000 andere Betriebe im Land, in Kurzarbeit schicken. Das heißt für viele, dass sie nun ohne Trinkgeld und mit nur 60 % des Nettolohns auf Hartz-IV-Niveau abrutschen.

Noch härter aber trifft es die Minijobber in seinem Betrieb. Es sind häufig Studenten oder Alleinerziehende, die sich ein paar dringend benötigte Euro hinzuverdienen. Sie bekommen nicht einmal dieses knappe Kurzarbeitergeld.

Der Unternehmer selbst hat sich derweil an seine Hausbank gewandt und nach einem Förderkredit erkundigt. Das Ergebnis war ernüchternd: Aufgrund seiner bereits hohen Kreditbelastung und der unklaren Aussichten machte man ihm wenig Hoffnung. Ja, nicht einmal die Raten seiner bestehenden Darlehen wollte man ihm derzeit stunden.

Aber immerhin gibt es auch Lichtblicke. Er berichtete mir gestern davon, dass sein Antrag auf Soforthilfe vom Wochenende bereits bewilligt worden sei und dass er damit zumindest kurzfristig über die Runden käme, keinesfalls aber über die drei Monate, für die

das reichen soll. – Dafür auch einmal ein ganz herzlicher Dank an die vielen Hundert Mitarbeiter der Bezirksregierungen, die derzeit auch am Wochenende diese Antragsflut bearbeiten.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, wir müssen ehrlich sein: Wir werden nicht jedem helfen können. Aber wir müssen es zumindest versuchen. Seit Jahrzehnten nehmen wir den Menschen mehr als die Hälfte ihres Einkommens ab. Dafür versprechen wir ihnen, in der Not für sie da zu sein. Nun ist Not, und nun darf der Staat sich nicht auf Ratschläge zum Händewaschen beschränken.

Wir haben ein Paket von inzwischen insgesamt 60 Vorschlägen erarbeitet, die an vielen Stellen helfen können. Manche sind ja bereits in der Umsetzung – das freut uns besonders –, zum Beispiel die Nichtanrechnung von Einkünften aus Erntehilfe auf das Kurzarbeitergeld. Ich will aufgrund der begrenzten Redezeit hier nur einige wenige herausgreifen.

Das Kurzarbeitergeld, auf das nun so viele Menschen angewiesen sind, hilft. Aber es ist eben nicht für eine Krise dieses Ausmaßes gemacht. Wir wollen, dass insbesondere kinderreiche Familien hier deutlich mehr bekommen, und wir wollen, dass auch die vielen Minijobber, die oft ganz dringend auf das Geld angewiesen sind, einen Anspruch erhalten.

Die Soforthilfen für Unternehmer, so schnell sie auch ausgezahlt werden, reichen sicher nicht aus. Gerade Gastronomen, Einzelhandel und Tourismusbranche müssen noch über den ganzen Sommer, womöglich sogar noch länger, mit Einbußen rechnen. Wir wollen daher die Soforthilfe des Bundes aufstocken, wie es andere Länder bereits tun.

Darüber hinaus müssen die Förderkredite von KfW und NRW.BANK auch ankommen. Es kann nicht sein, dass die Banken aufgrund von Schönwetterregeln aus besseren Zeiten gerade den Unternehmen keinen Kredit geben, die ihn jetzt besonders dringend brauchen. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Auch für die jungen Bürger, die gerade eine Berufsausbildung machen, studieren, sich fortbilden, die Schule abschließen wollen oder damit gerade am Anfang sind, kommt die Coronakrise zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Für sie alle muss es großzügige Regelungen und schnelle Klarheit geben, damit sie nicht ganze Lebensjahre verlieren, und das ohne eine Entwertung ihrer Bildungsabschlüsse.

Meine Damen und Herren, eines ist aber jetzt schon klar: Wir werden das nicht lange durchhalten. Noch nie wurde bei einer Volkswirtschaft quasi in voller Fahrt die Handbremse gezogen. Wir müssen aufpassen, dass den Maßnahmen, die wir jetzt treffen, am Ende nicht mehr Menschen zum Opfer fallen als dem Virus selbst.

Umso wichtiger ist es, weiterhin alle Kräfte gegen die Pandemie einzusetzen. Hier gibt es gute Vorbilder. Autohersteller produzieren inzwischen Beatmungsgeräte, Textilhersteller Schutzkleidung. Wir wollen das fördern, um die dringend notwendigen Güter bereitzustellen, aber auch, um dort die Arbeitsplätze zu erhalten.

Und ja, wir müssen damit aufhören, Patienten zu importieren. Es klingt fürchterlich nett und europäisch, und die politische Führung kann sich dafür feiern lassen. Aber unsere Kliniken sind womöglich in ein paar Tagen am Limit. Minister Laumann hat es gerade selbst gesagt. Wir stehen da noch am Anfang einer Entwicklung, und wir sind da auf Kante genäht. Nicht wir, sondern die Ärzte vor Ort müssen dann darüber entscheiden, wer einen Beatmungsplatz bekommt und wer nicht, wer also möglicherweise leben darf und wer sterben muss. Diese Entscheidung nimmt ihnen niemand ab, auch kein noch so glühender Europäer. Daher ist es unsere Verantwortung, alles zu tun, damit es gar nicht so weit kommt, meine Damen und Herren.

Aber nicht nur Ärzte leisten gerade viel für uns. Es sind die Krankenschwestern, die Polizisten, die Leute vom Rettungsdienst und auch die Damen und Herren an der Kasse im Supermarkt. Jahrelang haben alle ihre Arbeit nicht besonders wertgeschätzt. Wir wollen ihnen eine Sonderprämie von 1.000 Euro zahlen und ihnen Danke sagen: Danke, dass ihr für uns da seid. Wir wissen es zu schätzen. Und ja, wir werden es auch in Zukunft nicht mehr vergessen.

(Beifall von der AfD)

Uns ist klar, meine Damen und Herren: Die Maßnahmen, die wir vorschlagen, und die Maßnahmen, die bereits ergriffen worden sind, kosten viel Geld. Wir werden uns bald darüber unterhalten müssen, wo es herkommen soll – sicher nicht aus neuen Steuern.

Wir werden darüber reden müssen, warum ein so gewaltiger Staatsapparat für eine so existenzielle Notlage nicht ausreichend vorgesorgt hat, gleichzeitig aber glaubt, die halbe Welt und am besten noch das Klima retten zu können.

Wir werden darüber reden müssen, ob es wirklich mehr Lehrstühle für sogenannte Genderwissenschaften als für Virologie geben sollte.

Meine Damen und Herren, auch das werden wir ansprechen – aber alles zu gegebener Zeit. Jetzt geht es ums Helfen, um das, was jetzt getan werden kann, und das, was jetzt getan werden muss.

Ich hoffe inständig, dass wir es in dieser besonderen Lage und bei diesem besonderen Thema ausnahmsweise einmal hinbekommen, so zu diskutieren, dass es der Sache und den betroffenen Menschen gerecht wird; denn hier geht es, wie der Ministerpräsident heute Morgen völlig richtig festgestellt hat, nicht um Parteipolitik. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Kehrl das Wort.

Oliver Kehrl (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag beweist, dass es der AfD-Fraktion weder um die Stärkung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen noch um solidarischen Zusammenhalt in einer Krise von historischer Dimension geht.

Wieder einmal kommt stures Wiederholen gleicher engstirniger, zum Teil auch nationalistischer Positionen durch. Wieder einmal entlarvt sich diese Partei selbst; denn sie zeigt, dass sie ihre politischen Spielchen auf dem Rücken jener Menschen, die gerade um ihre Existenz fürchten, und jener Menschen, die sich mit ganzer Kraft in unseren Krankenhäusern für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen – oft bis an die physische und psychische Belastungsgrenze –, austragen will.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Das ist zynisch und unangemessen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Helmut Seifen [AfD]: Reden Sie doch mal zur Sache!)

– Geduld.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei all den Menschen, die in unseren Krankenhäusern tolle Arbeit leisten. Danke für Ihr großes Engagement und Ihren großen Einsatz in dieser Krise!

In dieser Situation zu behaupten, unser Gesundheitssystem sei seit Jahrzehnten finanziell und personell schlecht aufgestellt, ist an Dreistigkeit eigentlich kaum zu überbieten.

(Zuruf von der AfD)

Ich erinnere hier an einige Fakten: Im Nachtragshaushalt 2017 hat die NRW-Koalition 250 Millionen Euro Soforthilfe für die Krankenhäuser in NRW bereitgestellt.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

2018 haben wir die Pauschalfinanzierung gesichert und durch eine Einzelförderung ergänzt, die bis 2020 stufenweise auf 200 Millionen Euro angehoben wird. 2019 haben wir das Gesamtvolumen der Krankenhausförderung um 100 Millionen Euro auf rund 700 Millionen Euro angehoben. 2020 haben wir die Ausgaben weiter gesteigert: plus 39 Millionen Euro bei der Krankenhausförderung, plus 15 Millionen Euro bei der Pflege.

Wir machen unsere Krankenhäuser darüber hinaus mit neuen und innovativen Ansätzen fit für die Zukunft. Das Virtuelle Krankenhaus ist vorgestern – das haben wir auch vom Ministerpräsidenten gehört – in die Pilotphase gegangen und wird mit jährlich 2 Millionen Euro gefördert.

Mit der neuen Krankenhausplanung machen wir die Krankenhausstrukturen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig und zukunftsfest und setzen auf die Digitalisierung.

Nicht nur auf dem Feld der Gesundheitspolitik wird deutlich, dass Sie in Ihrem Antrag nicht wirklich Interesse an Fakten und einer Lösung der aktuellen Krise haben – zumal Sie im Änderungsantrag jede Menge Punkte aufgeführt haben, die längst geltendes Recht und geltende Politik sind.

Zusammengefasst kann man zum Gesundheitswesen meines Erachtens sagen: Weltweit wären die meisten Menschen froh, wenn sie in Nordrhein-Westfalen in ein Krankenhaus gehen dürften.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich persönlich bin ein Mann aus dem Mittelstand und weiß daher sehr konkret, wie groß die Not vieler kleiner und mittelständischer Unternehmer aktuell ist.

Ich habe meine Mitarbeiterinnen weinen gesehen, weil die Geschäfte, in denen sie seit vielen Jahren für uns arbeiten, geschlossen werden müssen.

Aus zig Telefonaten in den letzten zwei Wochen kenne ich verzweifelte Unternehmer, die nicht wissen, wie sie die Firmen, die sie in vielen Jahren mit Arbeit und Fleiß aufgebaut haben, retten sollen und die Rechnungen und all die Fixkosten überhaupt jemals bezahlen und zurückzahlen sollen.

All diese Menschen brauchen unsere Unterstützung und vor allem Perspektiven. Deshalb müssen wir nun alle gemeinsam an einem Strang ziehen und die betroffenen Betriebe entlasten und unterstützen.

Bereits vor der Coronaviruskrise standen viele Einzelhändler vor großen Herausforderungen. Nun geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Existenz des stationären Einzelhandels und vieler, wenn nicht fast aller gastronomischen Betriebe – und damit um sehr viele Arbeitsplätze, aber vor allem auch um das Gesicht unserer Innenstädte und Stadtviertel sowie um die Nahversorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Der Landtag hat in der vergangenen Woche Gelder in Höhe von 25 Milliarden Euro bewilligt, um Maßnahmen zur Rettung von Handel, Handwerk, Gastronomie, Wirtschaft und Mittelstand umzusetzen. Schnell und unbürokratisch kann und wird diese Hilfe beantragt und genutzt.

In der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 mussten wir unsere Banken stützen; denn sie waren damals systemrelevant. In der aktuellen Krise wird deutlich,

dass kleine und mittelständische Betriebe, Handel und Gastronomie ebenfalls überragend wichtige Säulen unserer Gesellschaft sind; denn sie bilden den Rahmen des Zusammenlebens in unseren Städten und versorgen uns nicht nur mit Gütern und Waren, sondern sind auch Treffpunkte, spielen eine zentrale Rolle in unserer Freizeitgestaltung und sind Orte des Austauschs und des Lebens. Somit sind sie systemrelevant für unser Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Einzelhändler und Gastronomen sind in ihren Städten und Vierteln meistens sehr verwurzelt. Viele engagieren sich, organisieren Veranstaltungen und Feste, sind auch im sozialen Leben ihrer Nachbarn eine feste Größe und spenden für die örtlichen Vereine.

All diese Unternehmer zahlen seit vielen Jahren zuverlässig und brav ihre Mieten und Steuern. Deshalb haben sie es verdient, dass sie nun in der Krise unsere Unterstützung erhalten – ohne Wenn und Aber.

(Christian Loose [AfD]: Kommen Sie noch zu den 60 Punkten?)

Die Landesregierung und der Landtag haben deshalb große Rettungsschirme aufgespannt. Die Finanzverwaltung und die landeseigene Förderbank haben vielfältige umfangreiche Sofortmaßnahmen und Hilfen bereitgestellt. Steuerstundungen und die Herabsetzung von Vorauszahlungen helfen den betroffenen Unternehmen – zumindest liquiditätsmäßig – ebenso wie die Ausweitung der Kurzarbeit.

Zur Sicherung der Liquidität der Unternehmen hat die Landesregierung die Sondervorauszahlung bei der Umsatzsteuer für betroffene Unternehmen auf null gesetzt. Die Erstattungen sind innerhalb von 48 Stunden erfolgt. Das ist eine großartige Leistung der Finanzverwaltung. Auch dafür vielen Dank! Diese Erstattung macht sich jetzt in der Liquidität bemerkbar.

Beeindruckend funktioniert die Soforthilfe der NRW-Landesregierung. Das ist ein Erfolgsmodell. Es werden direkte Zuschüsse für krisengeschädigte Betriebe und Selbstständige ausgeschüttet. In einem gewaltigen Kraftakt haben am Wochenende 700 Mitarbeiter der Bezirksregierungen in Nordrhein-Westfalen freiwillig gearbeitet, Überstunden gemacht und mehr als 256.000 digitale Anträge bearbeitet und bewilligt. Ebenfalls digital wurden bereits am Samstagmorgen die ersten Zuschüsse bewilligt.

In Tausenden Nachrichten, die wir erhalten – in WhatsApp-Gruppen, in sozialen Medien –, loben die Antragsteller diese passgenaue und unbürokratische Unterstützung.

Auch hierfür noch ein herzliches Dankeschön an das Wirtschaftsministerium, an IT.NRW, an die IHKs und alle Bezirksregierungen für den tollen Einsatz und

jede Menge Überstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben unsere Wirtschaft eingefroren, unser gesellschaftliches Leben fast vollständig lahmgelegt, um die Coronaviruspandemie so effektiv wie möglich zu bekämpfen. Diese harten Maßnahmen erträgt eine Gesellschaft aber nur für einen sehr stark begrenzten Zeitraum. Deshalb müssen wir jetzt die Zeit danach im Auge behalten, die Zeit, in der unser Land wieder hochgefahren wird.

Ministerpräsident Armin Laschet hat es in einem Beitrag am Sonntag zu Recht betont: „Der Satz, es sei zu früh, über eine Exitstrategie nachzudenken, ist falsch.“ Wir müssen vielmehr jeden Tag, in jeder Stunde darüber nachdenken.

Nicht die Angst vor dem Jetzt, sondern die Hoffnung auf morgen muss unsere Motivation sein. Unser Ziel ist es, die Menschen so früh wie möglich in das normale Leben zu entlassen und dabei die besonders Gefährdeten konsequent zu schützen. Wir dürfen Gesundheit nicht gegen Wirtschaft ausspielen.

Die Ausnahmesituation verursacht durch die Coronakrise ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Um Handel, Gastronomie, Hotellerie, Mittelstand zu retten, müssen alle – Politik, Lieferanten, Eigentümer, Vermieter, Händler, gewerbliche Mieter – solidarisch zusammenarbeiten. Nur dann wird es uns gelingen, die Zeit gut zu überstehen, den Shutdown binnen kürzest möglicher Zeit zu beenden und den Schaden für unsere Volkswirtschaft so gering wie möglich zu halten.

Denn eines ist auch ganz klar: Eine kranke Volkswirtschaft schadet unserer Gesundheit. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kehrl. – Für die SPD-Landtagsfraktion spricht jetzt Frau Kollegin Kapteinat.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Die AfD nennt ihren Antrag „Entschlossen, schnell und solidarisch – so meistern wir die Corona-Krise“. „Entschlossen, schnell und solidarisch“ – hätten Sie es doch bei der Überschrift belassen. Denn Solidarität ist nicht das, was die AfD hier verkaufen will.

Solidarität ist die Verteilung der Last auf die Schultern aller, die Belastung derer, die starke Schultern haben, und die Entlastung derer, die diese Last nicht tragen können.

Als der Änderungsantrag eingegangen ist, hatte ich kurz die Hoffnung, dass die AfD selbst erkannt hat,

wie überholt ihr Antrag ist. Aber nein, aus 48 sind 60 Punkte geworden, und längst geregelte Maßnahmen werden nach wie vor gefordert.

Ich verweise hier exemplarisch auf Punkt 52, der neu hinzugekommen ist und Hilfen für die Sportvereine fordert. Tatsächlich sind die Sportvereine im Soforthilfeprogramm des Bundes berücksichtigt und in NRW bei den Bezirksregierungen antragsberechtigt.

Die Hilfspakete sind nicht nur beschlossen, sondern auch zügig umgesetzt worden. Die Anträge sind inzwischen online und unbürokratisch bewilligt worden. Ministerpräsident Laschet sprach heute Morgen von 281.000 Anträgen und 256.000 Bewilligungen seit Freitagmittag.

An dieser Stelle noch einmal vielen Dank an die vielen Mitarbeiterinnen in den Bezirksregierungen. Ich weiß, ihnen wurde heute schon oft gedankt, aber ich denke, in Anbetracht der Tatsache, welche Arbeit sie leisten, kann man das nicht oft genug wiederholen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ralph Bombis [FDP])

Denn es sind ebendiese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit Freitag Unglaubliches leisten und sich solidarisch zeigen – solidarisch mit denen, die von der Krise schon jetzt arg gebeutelt sind.

Ich kann hier aufgrund der begrenzten Redezeit nicht auf jeden Ihrer Punkte eingehen. Aber ich möchte die Gelegenheit nutzen, über Solidarität in Krisenzeiten zu sprechen,

(Zurufe von der AfD: Ah!)

und zwar über die Solidarität, die wir während der Krise zwischen den Menschen beobachten können.

Solidarität ist, wenn Lebensmittelpakete gespendet werden, wenn Schüler ihre freie Zeit nutzen, um gefährdeten Personengruppen zu helfen, wenn Vermieter auf ihre Mietforderungen verzichten – und das, bevor es gesetzlich ermöglicht wurde –, wenn man die Karten für das zwischenzeitlich abgesagte Konzert behält und den Eintrittspreis nicht zurückfordert, es damit trotzdem bezahlt, wenn über Grenzen hinweg um die Coronaopfer getrauert wird, wenn abends Gesang durch die Straßen klingt, aber auch, wenn Nordrhein-Westfalen unseren europäischen Nachbarländern ganz praktisch hilft und sagt: Natürlich versuchen wir, die besonders belastete Region in Straßburg zu entlasten, indem wir – wenn auch nur wenige – Patienten, die beatmet werden müssen, ins Land holen und hier versorgen.

Sie sind offensichtlich verzweifelt, weil in Zeiten der Krise deutlich wird: Sie haben gar keine Lösungen. Also kommt auch in diesem Antrag der Versuch auf, auf die Lieblingsthemen zurückzukommen: verschärfte Grenzschließungen, Ablehnung von Flüchtlingen.

Auch hier ist der Antrag wieder krude. Sie wollen die Grenzen schließen und beklagen sich anschließend über die fehlenden ausländischen Erntehelfer, die nun der heimischen Wirtschaft den Rücken nicht stärken können. Hier sieht man Ihre Doppelmoral. Das macht nur deutlich, dass Sie die ohnehin schon gestellten und umgesetzten Forderungen als Trojanisches Pferd für Ihre Ideologien missbrauchen wollen.

Ihre Forderungen werden auch nicht dadurch glaubwürdiger, dass Sie das Parlament nun zwingen wollen, jeden Ihrer Punkte einzeln abzulehnen. Für die Kolleginnen der SPD-Fraktion kann ich sagen: Wir können unsere Zeit aktuell wirklich besser damit zubringen, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, ihnen Rede und Antwort zu stehen, um die geänderten Bedingungen besser bewältigen zu können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kapteinat. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag zeigt wieder einmal sehr deutlich, wessen Geistes Kind die Antragsteller sind.

Für Sie ist Solidarität wirklich ein Fremdwort, wenn Sie sich gegen die Aufnahme von Patienten aus unseren europäischen Nachbarländern wehren. Solange wir noch freie Behandlungskapazitäten haben, gebieten es einfach Mitgefühl und Nächstenliebe, Italien, Frankreich und Spanien zu helfen und diejenigen Menschen bei uns aufzunehmen, die ansonsten aufgrund fehlender Beatmungsgeräte in ihren Heimatländern versterben würden.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Sie versuchen aber auch an anderen Stellen des Antrags, Ihre national-chauvinistische Agenda zu propagieren: Grenzschließungen als Allheilmittel, keine Aufnahme von Flüchtlingen. Das ist mal wieder typisch, hilft uns aber derzeit nicht weiter. Es waren doch keine Flüchtlinge, sondern vielmehr die rückkehrenden Skiurlauber aus Ischgl, die unabsichtlich eine massive unkontrollierte Verbreitung der Infektion befördert haben.

(Zuruf von der AfD)

Geradezu hanebüchen ist der letzte Punkt der Forderungsliste. Wer zweimal wöchentlich einen schriftlichen Bericht der Landesregierung erhalten möchte, der will letztlich nur die Arbeit der Ministerien sabotieren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wollen Sie wirklich die Bediensteten, die sich momentan weit über ihre reguläre Arbeitszeit hinaus einsetzen, mit der Erstellung von Berichten von ihrer Tätigkeit abhalten? Auskunftsrechte des Parlaments sind sicher wichtig, dürfen die Exekutive aber nicht in ihrer Arbeit behindern.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir können uns auch nicht über mangelnde Informationen beklagen. Sowohl der telefonische Austausch mit den Obleuten wie auch die mündlichen Berichte im Ausschuss halten uns auf dem Laufenden und geben uns ausreichend Gelegenheit für kritische Nachfragen.

Ansonsten enthält der Antrag eine Reihe von Punkten, die wir in Nordrhein-Westfalen bereits umsetzen, ohne dass wir dafür eine besondere Aufforderung benötigt hätten.

Die Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter testen seit Anfang dieser Woche bereits Proben und erweitern dadurch Testkapazitäten auf SARS-CoV-2.

Zu Schutzkleidung und Masken haben wir in der aktuellen Stunde schon ausgeführt.

Die Entlastung bei den Kita-Gebühren für April haben wir bereits vereinbart.

Wir haben gestern zusätzliche Hilfen für Obdachlose auf den Weg gebracht, die von der aktuellen Lage besonders betroffen sind.

Weitere Maßnahmen zum Schutz der sozialen Infrastruktur werden folgen.

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, die NRW-Koalition von FDP und CDU arbeitet gerade konzentriert daran, die vielfältigen Probleme zu lösen, die sich in der aktuellen Krisensituation stellen. Wir brauchen keine Schaufensteranträge, sondern zielgerichtetes Handeln. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es lohnt sich gar nicht, den Antrag der AfD-Fraktion im Detail zu behandeln. Sie haben alles hineingepackt, was Geld kosten kann, um gleichzeitig das dagegenzustellen, was Sie schon immer sagen wollten. Die Tatsache, dass Sie das Abspecken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch noch in diesem Antrag untergebracht haben, spricht für die mäßige Kreativität und

Flexibilität in den Köpfen der AfD-Fraktion. Das müssen Sie aber spätestens mit sich selbst ausmachen.

Der Zynismus ist eben schon angesprochen worden. Ausgerechnet in dieser Phase sollen wir Menschen aus Italien, Frankreich und Belgien, quasi direkt an unserer Grenze, nicht in unseren Krankenhäusern behandeln, obwohl es gemeinsame Wirtschaftsräume und Kooperationen im Gesundheitswesen gibt, obwohl sich der Ministerpräsident offensichtlich persönlich für eine Kooperation eingesetzt hat und obwohl wir noch Kapazitäten haben. Wie man so etwas allen Ernstes niederschreiben kann, entzieht sich meinem humanistischen Verständnis und den Werten, die wir hier im Landtag vertreten.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ich möchte ein weiteres Beispiel aus Ihrem Antrag hinzufügen. Erwartungsgemäß und genauso zynisch fordern Sie ohne eine weitere Begründung, dass die Menschen, die in Griechenland unter erbärmlichen Zuständen zwischen der türkischen und griechischen Grenze festhängen – ich will hier keine Schuldzuweisung betreiben –, dort verbleiben sollen. Es mag Gründe geben, die es erschweren, diese Menschen jetzt hierherzuholen. Das will ich überhaupt nicht infrage stellen. Sie haben es jedoch politisch formuliert, dass sie nicht hierherkommen sollen. Das weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück, und ich glaube, darin sind wir uns sehr einig.

Man kann in einem Antrag natürlich alles rauf- und runterschreiben, was man immer schon mal schreiben wollte. Das bringt uns in der Sache aber nicht weiter.

(Christian Loose [AfD]: Von Ihnen kam keine Idee!)

Ich verweise ansonsten auf die Bemerkungen der Kolleginnen und Kollegen, die vor mir gesprochen haben, und danke dafür, dass wir diesen Antrag gemeinsam ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der Landesregierung muss ich ganz klar sagen: Der AfD-Antrag bietet keine verabschiedungsfähige Grundlage, weil er zwar ganz viele Maßnahmen fordert, aber keinen einzigen Finanzierungsvorschlag enthält.

Sie fordern ganz locker, das Kurzarbeitergeld auf 90 % des bisherigen Nettoeinkommens zu erhöhen. – Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, was der Arbeitsmarkt nach der Krise sagt? Wie viele Reserven brauchen wir bei der Arbeitslosenversicherung?

Des Weiteren fordern Sie locker, die Sozialversicherungsbeiträge zu stunden. – Die Sozialversicherungsbeiträge finanzieren wir über das Arbeitslosengeld. Wissen Sie, was das für die Einnahmequellen der Sozialversicherung bedeutet, zumindest für die Krankenkassen, die in dem System zurzeit ohne Ende gefordert sind?

Zu einem solchen Antrag gehört auch ein Finanzierungskonzept. Beantragt man direkte Abstimmung, ohne ein Finanzierungskonzept vorzulegen, fehlt meiner Meinung nach eine abstimmungsfähige Grundlage, zumindest aus Sicht der Regierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Viele Punkte, die Sie in Ihrem Antrag angesprochen haben, sind durch den Rettungsschirm des Bundes und der Landesregierung für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen abgedeckt, der genauso gespannt ist wie anderswo. Damit sind die Hilfen zumindest für den ersten Moment gegeben. – In diesem Sinne schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis³⁾ (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Wie meistert man eine solche Krise wie die jetzige, die wir alle noch nicht gekannt haben?

Ich möchte zwei, drei Sätze zum Thema „Wirtschaftspolitik“ sagen, welches Sie in Ihrem Antrag unter anderem angesprochen haben. Wie meistert man eine solche Krise, wie wir sie alle noch nicht erlebt haben, die uns alle vor völlig neue Herausforderungen stellt?

Der Bund hat schnell reagiert. Er hat Steuern und Abgaben ausgesetzt bzw. gestundet. Er hat das Kurzarbeitergeld ausgeweitet. Er hat direkte Finanzhilfen beschlossen.

NRW hat schnell und unkompliziert reagiert. Die Landesregierung und dieser Wirtschaftsminister haben schnell gehandelt. Die 25 Milliarden Euro, die den größten finanziellen Schutzschirm für Menschen und Betriebe darstellen, den wir je gemeinsam als Parlament beschlossen haben, werden nun schnell und

unbürokratisch zur Verfügung gestellt. Wir helfen damit kleinen Unternehmen. Wir helfen den Solo-Selbstständigen.

Am Freitagnachmittag ist der Antrag auf Soforthilfe online gestellt worden. Am Samstag, nach 24 Stunden, waren bereits 50.000 eingegangene Anträge bewilligt. Heute sind es über 250.000. Das Wirtschaftsministerium und die Bezirksregierungen arbeiten großartig. Das ist hier noch einmal in aller Deutlichkeit festzuhalten.

(Beifall von der FDP)

Wir helfen den Solo-Selbstständigen, wir helfen den kleinen Betrieben, und wir helfen denen, die von den Bundeshilfen zunächst ausgenommen waren, nämlich den Betrieben mit 10 bis 50 Mitarbeitern, direkt und unkompliziert. Wir stellen Gelder zur Verfügung, um Arbeitsplätze zu erhalten und die Wirtschaft nach dieser Krise schnell ans Laufen zu bringen. Deswegen ist diese unbürokratische Hilfe so ungeheuer wichtig.

Gleichzeitig arbeiten wir an einem Exitszenario und denken darüber nach, wie es gelingen kann, die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen.

Ich möchte in aller Sachlichkeit eine kleine Randbemerkung in Richtung SPD-Bundesspitze machen. Ich glaube nicht, dass es heute an der Zeit ist, über eine neue Vermögensteuer zu diskutieren, die am Ende vor allen Dingen die kleinen Betriebe und Handwerksbetriebe belasten würde. Diese Betriebe haben zurzeit genug andere Sorgen. Diese Diskussion sollten wir uns wirklich sparen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der AfD-Antrag ist ein Konglomerat aus populistischen Forderungen und alten Anlehnungen. Sie kritisieren zwar gerne die Altparteien, suchen sich aber sozialpolitische Forderungen zusammen, die vor allen Dingen bei SPD und Grünen längst diskutiert werden. Sie suchen sich konservative Forderungen zusammen, die unter anderem in der CDU diskutiert werden, außerdem wirtschaftsliberale Forderungen, die vor allen Dingen bei uns ihre Heimat haben. All diesen Forderungen stellen Sie allerdings keine Gegenfinanzierung gegenüber.

Insofern kann ich Ihnen nur eines sagen: Das, was Sie immer an den Altparteien kritisieren, haben wir schon längst diskutiert, aber im Rahmen einer seriösen Einbettung.

Sie hingegen wollen Panik verbreiten, indem Sie über die Grenzen reden, die wir schließen sollen.

Sie präsentieren hier Populismus, indem Sie die Behauptung aufstellen, dass wir auf einen Bargeldmangel zusteuern.

Was Sie hier vorlegen, ist auch deswegen Populismus, weil Sie behaupten, die Politik könnte einfach entscheiden, die Belastung der Telekommunikationsnetze zu vermindern. Das ist Unsinn. Sie schüren nur Vorbehalte.

Sie sagen einerseits, die Banken sollten in die Haftung genommen werden. Sie sagen andererseits, sie sollten von der Haftung freigestellt werden.

Sie sagen einerseits, uns würden ausländische Erntehelfer und Pflegekräfte fehlen. Andererseits fordern Sie, die Grenzen zu schließen und die Leute nicht mehr ins Land zu lassen.

Sie kritisieren Europa, Sie kritisieren unsere Weltopenheit und schaden damit unserer Stärke. Mit uns funktioniert das aber nicht.

Die AfD versucht in dieser Krise tatsächlich, billige parteipolitische Geländegewinne zu erzielen.

(Christian Loose [AfD]: Nein, tun wir nicht!)

Das wird hier nicht funktionieren. Diese Landesregierung, dieses öffentliche Verhalten zeigt, dass das demokratische System funktioniert. Und es funktioniert nicht nur ohne Sie, sondern trotz Ihnen, liebe Damen und Herren von der AfD.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die AfD-Fraktion spricht noch einmal Herr Abgeordneter Tritschler.

Sven Werner Tritschler^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schön, zu sehen, dass auch in der Krise gewisse Dinge beständig sind, zum Beispiel das intellektuelle Niveau hier im Haus.

Nichtsdestotrotz werden wir gleich eine Einzelabstimmung durchführen. Dann können wir sehen, wie die SPD zu der Forderung, die sie heute Morgen noch selbst artikuliert hat – ich meine die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes –, steht. Sie können sich darauf verlassen, meine Damen und Herren, dass wir es den Leuten draußen erzählen werden. Also, überlegen Sie sich, wie Sie abstimmen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Abgeordneter Tritschler. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 4.

Wir kommen zur Abstimmung. Uns liegen der Änderungsantrag der Fraktion der AfD und der Antrag der Fraktion der AfD vor. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag ab. Wie Sie alle wissen, hat die

Fraktion der AfD zu beiden Anträgen **Einzelabstimmung** beantragt.

Beim Änderungsantrag geht es um alle römischen Ziffern in Teil B. Da die Fraktion selbst Antragstellerin ist, findet die Einzelabstimmung auch statt. Es handelt sich insgesamt um 60 Einzelabstimmungen, die wir durchzuführen haben. Das werden wir jetzt gemeinsam in Angriff nehmen.

Ich komme somit zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 17/8932**.

Ich rufe auf die Ziffer I und frage nach den Jastimmen. – Das ist die AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist die **Ziffer I** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf die Ziffer II und frage auch hier nach den Jastimmen. – AfD-Fraktion. Neinstimmen? – CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch die **Ziffer II** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf die Ziffer III und frage hier nach den Jastimmen. – Das ist die AfD-Fraktion. Neinstimmen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch die **Ziffer III** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf die Ziffer IV und frage nach den Jastimmen. – AfD-Fraktion. Neinstimmen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch die Ziffer IV mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf die Ziffer V und frage hier nach den Jastimmen. – Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist die **Ziffer V** **abgelehnt**.

Ich rufe die Ziffer VI auf. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist die **Ziffer VI** ebenfalls **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer VII. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist die **Ziffer VII** ebenfalls **abgelehnt**. – Ich war bei VII, oder? Entschuldigung, aber auch für uns hier ist das wirklich ein Marathon.

Ich rufe auf: Ziffer VIII. Jastimmen? – Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist **Ziffer VIII** auch **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer IX. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist die **Ziffer IX** **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer X. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer X** ist ebenfalls **abgelehnt**.

Ich rufe Ziffer XI auf und frage hier nach Jastimmen. – Das ist die AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist **Ziffer XI** ebenfalls **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer XII. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer XII** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer XIII. Jastimmen? – AfD-Fraktion. Neinstimmen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer XIII** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer XIV. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer XIV** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer XV. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer XV** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer XVI. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer XVI** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer XVII. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer XVII** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer XVIII. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer XVIII** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer XIX. Jastimmen? – Bei der AfD-Fraktion. Neinstimmen? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine. **Ziffer XIX** ist also **abgelehnt**.

Damit sind wir erst einmal am Ende der Abstimmung des Änderungsantrags. Da alle Teile in der Einzelabstimmung abgelehnt wurden, ist eine Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag nicht mehr erforderlich. – Ich sehe dazu auch keinen Widerspruch. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/8932 insgesamt abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den **Antrag** der AfD-Fraktion **Drucksache 17/8894**. Auch hier hat die antragstellende Fraktion der AfD direkte Abstimmung beantragt. Des Weiteren hat die Fraktion der AfD beantragt, den Antrag in **Einzelabstimmung** wie folgt abzustimmen – das ist noch einmal etwas

unterschiedlich –: den **Feststellungsteil** in **Abschnitt II in einem Block** sowie den **Beschlussteil** in **Abschnitt III ziffernweise**. Da die Fraktion auch hier, wie gesagt, Antragstellerin ist, findet die Einzelabstimmung wie von ihr gewünscht statt.

Wir kommen damit zum **Feststellungsteil** des **Antrags Drucksache 17/8894 in Abschnitt II**. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Möchte sich jemand enthalten? – Keine Enthaltungen. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der erste Block in Abschnitt II **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zu den Einzelabstimmungen im **Beschlussteil** des **Antrags Drucksache 17/8894**, den Sie unter **Abschnitt III** finden.

Ich rufe jetzt nur noch die einzelnen Ziffern zur Abstimmung auf und beginne mit Ziffer 1 des Beschlusstells in Abschnitt III. Zustimmung? – Bei der AfD. – Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. Damit ist **Ziffer 1 abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 2. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. **Ziffer 2** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 3. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. **Ziffer 3** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 4. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. **Ziffer 4** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 5. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. **Ziffer 5** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 6. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. Damit ist **Ziffer 6** ebenfalls **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 7. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. **Ziffer 7** ist ebenfalls **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 8. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. **Ziffer 8** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 9. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. **Ziffer 9** ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf: Ziffer 10. Zustimmung? – Bei der AfD-Fraktion. Ablehnung? – Bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. – Keine Enthaltungen. **Ziffer 10 ist abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 11. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 11 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 12. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 12 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 13. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 13 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 14. – Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, ebenfalls keine Enthaltungen. **Ziffer 14 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 15. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 15 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 16. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 16 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 17. Zustimmung bei der AfD, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 17 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 18. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 18 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 19. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 19 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 20. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 20 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 21. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 21 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 22. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 22 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 23. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 23 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 24. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 24 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 25. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 25 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 26. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 26 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 27. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 27 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 28. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 28 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 29. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 29 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 30. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 30 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 31. Zustimmung bei der AfD, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 31 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 32. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 32 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 33. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 33 abgelehnt.**

Ich rufe auf: Ziffer 35. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine ... – Ich habe jetzt Ziffer 35 genannt, hatte Ziffer 34 nicht genannt. Bei Ziffer 35 hatte ich aber auch keine Enthaltung. Damit haben wir **Ziffer 35 schon mal abgelehnt.**

Ich komme zurück zu Ziffer 34 und frage hier nach den Zustimmungen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ablehnungen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Keine Enthaltungen. Damit haben wir dann auch **Ziffer 34 abgelehnt.** – Vielen Dank an die Schriftführerinnen und die Verwaltung, dass sie so gut aufgepasst haben.

Ziffer 36. Ich frage nach den Jastimmen. – Das ist die AfD-Fraktion. – Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. Damit ist **Ziffer 36 abgelehnt.**

Ziffer 37. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Ablehnung? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 37 abgelehnt.**

Ziffer 38. Jastimmen bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen: **Ziffer 38 abgelehnt.**

Ziffer 39. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen: **Ziffer 39 abgelehnt.**

Ziffer 40. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen: **Ziffer 40 abgelehnt.**

Ziffer 41. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen: **Ziffer 41 abgelehnt.**

Ziffer 42. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 42 ebenfalls abgelehnt.**

Wir kommen zu Ziffer 43. Zustimmung? – Das ist die AfD-Fraktion. Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und keine Enthaltungen. Damit ist dann auch **Ziffer 43 abgelehnt.**

Ich komme zu Ziffer 44. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 44 abgelehnt.**

Ziffer 45. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 45 abgelehnt.**

Ziffer 46. Da stimmt die AfD-Fraktion zu. Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 46 abgelehnt.**

Ziffer 47. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltungen. **Ziffer 47 abgelehnt.**

Ziffer 48. Zustimmung bei der AfD-Fraktion, Ablehnung bei CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, keine Enthaltung. Damit ist **Ziffer 48 abgelehnt.**

Das war die letzte Einzelabstimmung. Da alle Teile abgelehnt wurden, ist die Gesamtabstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/8894 nicht erforderlich. – Hierzu sehe ich keinen Widerspruch.

Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8894 insgesamt abgelehnt.** Wir sind am Ende von Tagesordnungspunkt 4.

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und des Landesbeamtenversorgungsgesetzes – Gesetz zur Attraktivitätssteigerung des kommunalen Wahlamtes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8452

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Drucksache 17/8921

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Blöming für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Jörg Blöming^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Keimzelle unserer Demokratie hatte Ministerin Ina Scharrenbach in der ersten Lesung zu diesem Gesetzentwurf die Städte und Gemeinden bezeichnet.

In Nordrhein-Westfalen haben wir 396 Städte und Gemeinden, in denen die Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten umfangreiche Aufgaben wahrnehmen. Sie besitzen einen besonderen Status und tragen eine ganz besondere Verantwortung.

Ihre Stellung als gewählte Leiter der Verwaltung liegt im Grenzbereich zwischen politischer Willensbildung und fachlicher Verwaltung. Das stellt sie vor große Herausforderungen, denn sie müssen beidem gleichermaßen gerecht werden.

Diese Ämter sind äußerst arbeitsintensiv; das weiß ich aus eigener Erfahrung als Leiter eines Bürgermeisterbüros. Das ergab auch eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen aus dem Jahr 2008. Die zunehmende Aggressivität gegenüber Amtsträgern erschwert ihnen die Arbeit zusätzlich.

Ganz aktuell kommt die Bewältigung der Auswirkungen des Coronavirus hinzu. Ich möchte nur einige Beispiele nennen: die Notfallbetreuung von Kindern, die Wahrnehmung ordnungsrechtlicher Verwaltungsaufgaben und auch die notwendige Krisenkommunikation vor Ort. All das muss jetzt parallel organisiert werden. Die Anforderungen sind also beträchtlich.

Auch Herausforderungen wie der demografische Wandel oder die Digitalisierung der Verwaltung bedeuten große Anstrengungen insbesondere für die kommunale Ebene. Einerseits bleibt ein hoher Kostendruck, andererseits erfordern der technische Fortschritt und der Wunsch nach einer transparenten Verwaltung große Anpassungen.

Auch mit Blick auf die Zukunft werden diese Herausforderungen nicht weniger. Neben den zuvor genannten Faktoren gewinnen die Aspekte der Zuwanderung und des Klimaschutzes zunehmend an Bedeutung.

Diejenigen, die sich bereit erklären, solche Herausforderungen anzunehmen, zeigen größten persönlichen Einsatz. Sie übernehmen in ganz besonderer Weise Verantwortung für unser Gemeinwesen und unsere Gesellschaft.

(Christian Dahm [SPD]: Sagen Sie mal was zum Gesetzentwurf!)

Es sind gerade die Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit, die das Fundament der Demokratie stärken.